Forstgesetz

vom 1. Februar 1985

Der Grosse Rat des Kantons Wallis

eingesehen die Artikel 15, 30, 44, 69-71 und 80 der Kantonsverfassung;
eingesehen die Bundesgesetzgebung über das Forstwesen;
auf Antrag des Staatsrates,

beschliesst:

1. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Zweck und Geltungsbereich

¹ Dieses Gesetz bezweckt:

- a) die Erhaltung der Wälder und die Sicherstellung ihrer Pflege zur Wahrung und Verbesserung der Schutz- und Wohlfahrtsfunktionen;
- b) die Steigerung der Ertragsfähigkeit der Wälder und die Förderung ihrer Bewirtschaftung im Interesse der Eigentümer und der Öffentlichkeit;
- c) die Pflege und Erhaltung der Kulturlandschaft und einer gesunden Umwelt.

² Das Gesetz hat Geltung für alle Wälder im Kanton, sowohl öffentliche als auch private.

³ Dieses Gesetz ergänzt die Forstgesetzgebung des Bundes.

Art. 2 Waldbegriff

¹ Eine vorhandene Bestockung aus Waldbäumen oder Waldsträuchern gilt als rechtlich geschütztes Waldareal, wenn sie folgende Minimalerfordernisse erfüllt:

- 600 m² Fläche inkl. 2 m Waldrand;
- 12 m Breite inkl. 2 m Waldrand;
- Alter von 25 Jahren für neue Bestockungen.

Für Schutz- und Sicherheitsstreifen sowie Ufergehölze sind diese quantitativen Kriterien nicht massgebend*.

² Das Vollziehungsreglement regelt die Detailbestimmungen. Der Staatsrat kann, soweit es das Bundesrecht zulässt, die im Absatz 1 enthaltenen Minimalerfordernisse im Interesse der Eigentümer erhöhen.

Art. 3 Waldkategorien

¹ Als öffentliche Wälder gelten Wälder, welche im Eigentum oder in der Verwaltung öffentlich rechtlichen Körperschaften sind.

²Der Staatsrat kann auf Gesuch der Einwohnergemeinden zur Sicherstellung von Schutz- und Wohlfahrtsfunktionen Privatwälder den für den öffentlichen Wald geltenden Vorschriften unterstellen.

³In der Regel gelten alle Wälder des Kantons als Schutzwald im Sinne der Bundesgesetzgebung. Der Staatsrat kann im Einverständnis mit den Einwohnergemeinden nach Anhören der Waldeigentümer Ausnahmen von dieser Regel bestimmen. Sofern die Bürgergemeinden betroffen sind, ist auch ihr Einverständnis notwendig.

2. Kapitel: Forstorganisation

Art. 4 Aufbau des Forstdienstes

¹Der kantonale Forstdienst besteht aus dem Kantonsforstamt und den Kreisforstämtern. Er untersteht dem zuständigen Departement.

²Der kommunale Forstdienst besteht aus den Revierförstern und dem ihnen unterstellten Forstpersonal. Entsprechend der gesetzlichen Zuständigkeitsregelung untersteht er im kantonalen Aufgabenbereich dem Kreis- und Kantonsförster, im kommunalen Bereich den Forstbehörden der Gemeinden und im übrigen den revierbildenden Waldeigentümern.

³Der Kantonsförster leitet den kantonalen und beaufsichtigt den kommunalen Forstdienst.

Art. 5 Forstkreise

¹Das Kantonsgebiet wird vom Staatsrat in Forstkreise eingeteilt.

²Zahl und Grösse der Kreise ist so bemessen, dass die sorgfältige Erfüllung der dem Kreisförster übertragenen Aufgaben möglich ist. Die Einwohnergemeinden sind als Ganzes je einem Kreis zuzuteilen.

³Die Kreisförster überwachen den Vollzug der eidgenössischen und kantonalen Forstgesetzgebung und beraten die Gemeinden, Waldeigentümer und Revierförster in allen forstwirtschaftlichen und forsttechnischen Fragen.

Art. 6 Forstreviere

¹Die Forstkreise sind in Reviere einzuteilen, welche eine oder mehrere Gemeinden umfassen.

²Die Reviere sind so zu begrenzen, dass möglichst ein vollamtlicher Revierförster und weiteres Forstpersonal eingesetzt werden können. Für die Revierbildung sind die Bestimmungen des Gemeindegesetzes über die Gemeindevereinigungen anwendbar. Private Waldeigentümer können diesen Vereinigungen beitreten.

³Die Revierbildung untersteht der Genehmigung des Staatsrates. Der Staatsrat kann die öffentlichen Waldeigentümer zur gemeinsamen Revierbildung zwingen, wenn die Erfüllung der forstpolizeilichen Aufgaben es erfordert.

Art. 7 Revierförster

¹Der Revierförster ist Angestellter der revierbildenden öffentlichen Waldeigentümer oder des Revierverbandes. Er wird von seinem Arbeitgeber ernannt.

² Es dürfen nur Inhaber eines Diploms einer Försterschule oder eines kantonalen Försterpatentes als Revierförster ernannt werden.

³ Die Besoldung des Revierförsters ist Sache des Arbeitgebers. Die Territorialgemeinden haben auf Verlangen des Arbeitgebers bis zur Hälfte der Besoldung zu übernehmen. In den Revierverbänden ist die Beteiligung der Einwohnergemeinden im Verbandsstatut zu regeln.

Art. 8 Kostenverrechnung und Gebühren

¹ Für Arbeiten, die der kantonale Forstdienst im Auftrag der Gemeinden, der Waldeigentümer oder Dritter ausführt, wie Projekte, Bauleitung oder Wirtschaftspläne, stellt der Kanton Rechnung.

² Für die Bearbeitung von Gesuchen sind Gebühren zu erheben gemäss den allgemeinen Bestimmungen über das Verwaltungsverfahren.

³ Die Reviere können ihrerseits entsprechende Regelungen treffen.

3. Kapitel: Schutz und Erhaltung der Wälder

Art. 9 Walderhaltung und Rodung

¹ Jede Rodung erfordert eine Bewilligung. Das Vollziehungsreglement bestimmt das Verfahren.

² Den natürlichen Gegebenheiten und den wirtschaftlichen, insbesondere touristischen Bedürfnissen ist Rechnung zu tragen. Rodungen zur Beschaffung von Bauland sowie diejenigen, die für die Landwirtschaft nötig sind, sollen im Rahmen der Ortsplanung ermöglicht werden, soweit die Schutzfunktionen gesichert bleiben.

³ Rodungsbewilligungen können mit den für die Walderhaltung und den Landschaftsschutz nötigen Bedingungen und Auflagen verbunden werden.

Art. 10 Rodungersatz

¹ Für die Rodung ist in der Regel vom Bewilligungsnehmer durch eine flächengleiche Aufforstung in derselben Gemeinde oder Gegend Ersatz zu leisten.

² Ist dies nicht möglich oder mit Rücksicht auf andere schützenswerte Interessen, besonders landwirtschaftliche, nicht angebracht, so hat der Pflichtige einen entsprechenden Geldersatz in den kantonalen Aufforstungsfonds zu leisten. Der Forstdienst sorgt in solchen Fällen für einen möglichst flächen- oder funktionsgerechten Rodungersatz.

³ Die laufende natürliche Waldausdehnung soll als Realersatz angenommen werden. Das Einverständnis des Eigentümers bleibt vorbehalten.

Art. 11 Wiederbestockung

¹ Schlagflächen und durch Naturelemente entstandene Blößen sind innert vernünftiger Frist durch den Waldeigentümer im Rahmen des Möglichen in standortgerechter Weise wieder zu bestocken.

² Für die Behebung von aussergewöhnlichen Waldschäden sind im Einvernehmen mit dem Forstdienst umgehend die nötigen Wiederherstellungsprojekte auszuarbeiten.

Art. 12 Aufforstungen und Waldeinwuchs

¹ Der Kanton fördert die Neuanlage von Wald, soweit dafür ein überwiegendes forstliches Interesse besteht.

² Es soll darauf verzichtet werden, Boden aufzuforsten für dessen unbestockte Erhaltung ein besonderes Interesse besteht.

³ Der Rückbau des natürlichen Waldeinwuchses zur Verhinderung einer unerwünschten Waldausdehnung ist Sache des Eigentümers. Der Forstdienst muss innerhalb und in der Nähe der Bauzone auf den bevorstehenden Waldeinwuchs hinweisen.

Art. 13 Teilung und Veräusserung

¹ Die Aufteilung der öffentlichen Wälder unter die Mitglieder der betreffenden Körperschaften ist verboten.

² Ihre teilweise oder gesamthafte Veräusserung ist nur mit Bewilligung des Staatsrates gestattet.

Art. 14 Nebennutzungen, Dienstbarkeiten und Rechte

¹ Nebennutzungen, die eine gute Waldwirtschaft beeinträchtigen, wie insbesondere der Weidgang und die Streunutzung, sind in den Schutzwaldungen zu untersagen oder nur in beschränktem Masse zu gestatten.

² Bestehende waldschädliche Dienstbarkeiten und Rechte sind abzulösen oder durch entsprechende Regelung auf ein tragbares Mass zu beschränken.

³ Die Errichtung neuer waldschädlicher Belastungen ist nur mit Bewilligung des Waldeigentümers und des Departementes zulässig.

Art. 15 Betretungsrecht- und Einzäunungen

¹ Das Betreten des Waldes ist jedermann gestattet. Waldareal darf nur eingezäunt oder der Zutritt verboten werden, soweit es seine Verjüngung oder andere überwiegende Interessen erfordern.

² Waldflächen im Innern von eingezäunten Grundstücken bleiben der Forstgesetzgebung unterstellt.

³ Das Befahren der Wälder mit Motorfahrzeugen abseits der Strassen ist mit Ausnahme der forstwirtschaftlich nötigen Fahrten verboten. Bewilligungen können im Einverständnis mit dem Eigentümer und Kreisförster von der Kantonspolizei erteilt werden.

Art. 16 Hütten und Kleinbauten im Wald

¹ Die Erstellung von Forsthütten, Jagdhütten und anderen Kleinbauten im Wald darf bewilligt werden, wenn ein forstliches oder ein öffentliches Bedürfnis nachgewiesen ist.

² Für die Bewilligung von Forsthütten im Privatwald ist eine Mindestfläche des Waldes von 1 Hektare erforderlich.

³ Bewilligungen, die durch andere Gesetze geregelt sind, bleiben vorbehalten.

Art. 17 Abstände

¹ Bauten und Anlagen am Waldrand haben einen Mindestabstand von 5 m einzuhalten. Die Einwohnergemeinden können generell oder für bestimmte Gebiete grössere Abstände vorschreiben**.

² Bodenveränderungen (Terrassierungen, Nivellierungen usw.) für die Anlage von Kulturen sind bis zu 3 m an den Waldrand zulässig. Der Bodeneigentümer ist verpflichtet diesen Sicherheitsabstand zu unterhalten.

³ Ausnahmsweise können kleinere Abstände bewilligt werden, wenn weder die Waldbewirtschaftung noch der Waldzugang oder die Erholungsfunktion beeinträchtigt werden.

Art. 18 Krankheiten und Schädlinge

¹ Die Waldeigentümer sind gemäss den Weisungen des Forstdienstes zur Bekämpfung von tierischen und pflanzlichen Schädlingen verpflichtet. Die Jagdgesetzgebung bleibt vorbehalten.

² Bei Nichtbeachtung der forstdienstlichen Weisungen trifft das Departement nach Anhören der Gemeindebehörden die nötigen Ersatzmassnahmen auf Kosten des Pflichtigen.

³ Die Jagdinstanzen sind verpflichtet, in Zusammenarbeit mit dem Forstdienst die nötigen Massnahmen zur Verminderung der Wildschäden zu treffen.

Art. 19 Ablagerungen und Ausbeutungen

¹ Ohne Bewilligung des Kreisforstamtes und des Eigentümers ist die Ablagerung von festen oder flüssigen Stoffen im Wald verboten. Die Verwendung von giftigen Mitteln im Rahmen der Waldbewirtschaftung erfordert die Bewilligung des Kreisforstamtes und des Eigentümers.

² Die Ausbeutung von Steinen, Kies, Lehm oder anderen Materialien ist nur im Einverständnis mit dem Eigentümer und mit Genehmigung des Kreisforstamtes gestattet. Vorbehalten bleiben grössere, dem Rodungsverfahren unterstehende Ausbeutungen.

Art. 20 Feuern im Wald

¹ Jede Handlung, die zu Feuerschäden oder Waldbränden führen kann, ist verboten.

² Feuer im Wald und in Waldesnähe dürfen nur an dazu bezeichneten oder sonst gefahrlosen Stellen entfacht werden. Jedes Feuer ist zu beaufsichtigen und vor dem Verlassen zu löschen.

³ In Zeiten besonderer Brandgefahr kann der Forstdienst jegliches Feuer im Wald und in Waldesnähe verbieten. Das Vollziehungsreglement regelt die weiteren Vorschriften.

Art. 21 Brandverhütung und Brandbekämpfung

¹ Wer einen Waldbrand bemerkt, hat sofort Alarm zu geben und die Feuermeldestelle zu benachrichtigen. In der Nähe befindliche Personen sind zur Hilfeleistung verpflichtet.

² Die Gemeindebehörde trifft sofort die nötigen Massnahmen. Sie unterrichtet unverzüglich die zuständigen kantonalen Stellen.

³ Der Staatsrat kann auf Antrag des Kantonsforstamtes Verhütungsmassnahmen anordnen.

Art. 22 Verkehrsbeschränkungen auf Waldstrassen

¹ Der Verkehr auf Waldstrassen kann von den Einwohnergemeinden nach Anhören der Eigentümer auf ein für die Waldbewirtschaftung und die Waldfunktionen tragbares Mass beschränkt werden.

² Gegen den Entscheid der Einwohnergemeinde kann vom Waldeigentümer oder von anderen Betroffenen Beschwerde an den Staatsrat erhoben werden.

Art. 23 Unterhalt der Waldstrassen

¹ Der Unterhalt öffentlich befahrbarer Waldstrassen ist Aufgabe der Einwohnergemeinde des betroffenen Gebietes. Die Waldeigentümer und andere Nutzniesser haben sich anteilmässig zu beteiligen.

² Für nicht öffentlich befahrbare Waldstrassen haben die Grundeigentümer oder Drittpersonen, welche die Strasse benützen, den Unterhalt anteilmässig zu tragen. Sie bilden eine Unterhaltsgenossenschaft im Sinne des Gesetzes.

³ Können sich die Beteiligten nicht einigen, so entscheidet das Departement.

4. Kapitel: Bewirtschaftung der Wälder**Art. 24** Grundsätze der Bewirtschaftung

¹ Die Bewirtschaftung der Wälder ist Sache ihrer Eigentümer.

² Die öffentlichen Wälder sind unter Wahrung ihrer Schutz- und Wohlfahrtsfunktionen so zu pflegen und zu bewirtschaften, dass sie einen nachhaltigen wirtschaftlichen Nutzen erbringen.

³ Der Forstdienst fördert die fachgerechte Bewirtschaftung durch die Aufklärung und Beratung der Eigentümer. Er erteilt die nötigen Weisungen nach Massgabe der geltenden Vorschriften.

Art. 25 Wirtschaftsplanung und Hiebsatz

¹ Die Eigentümer öffentlicher Wälder haben für ihre Waldungen einen Wirtschaftsplan zu erstellen. Das Departement erlässt eine Instruktion über die Errichtung, Revision und Kontrolle der Wirtschaftspläne.

² Der Wirtschaftsplan basiert auf der Inventur und Analyse der Wälder. Er bestimmt die notwendigen Massnahmen zur Erhaltung der Schutz- und Wohlfahrtsfunktionen und zur Erreichung der Wirtschaftsziele. Er setzt den Hiebsatz fest und regelt die Pflege und Nutzung der Wälder nach dem Grundsatz der Nachhaltigkeit.

³ Mit Annahme durch den Eigentümer und der Genehmigung durch das Departement werden die Wirtschaftspläne verbindlich. Abweichungen sind soweit möglich in den folgenden Jahren auszugleichen. Bei grösseren Über- und Unternutzungen ist die Planung zu überprüfen.

Art. 26 Sicherstellung der Waldpflege

¹ Wird ein Wald so offensichtlich vernachlässigt, dass seine Schutzfunktionen oder angrenzende Grundstücke gefährdet sind, ordnet die Einwohnergemeinde oder bei Unterlassung das Departement die nötigen Massnahmen an.

² Unterlässt der Eigentümer oder Besitzer die angeordneten Pflegemassnahmen, kann sie die Einwohnergemeinde bzw. das Departement nach erfolgter Fristansetzung ausführen lassen.

³Für die Finanzierung von Pflegemassnahmen und Sanierungsschlägen in gefährdeten Schutzwäldern ist Artikel 33 anwendbar.

Art. 27 Holzschläge

¹Alle Holzschläge sollen in Zusammenarbeit mit dem Waldeigentümer vom Forstdienst angezeichnet werden. Im Privatwald kann der Eigentümer für seinen Eigengebrauch 5 m³ pro Jahr ohne Anzeichnung aufgrund einer Bewilligung des Revierförsters schlagen.

²Die Bewilligung im Privatwald ist mit den nötigen Auflagen und Instruktionen für die Schlagausführung zu verbinden. Die Schlagbewilligung ist zu verweigern, wenn Schutz- oder Wohlfahrtswirkungen des Waldes durch den Schlag gefährdet würden, oder der Waldeigentümer Bedingungen des vorangehenden Schlags nicht nachgekommen ist.

³Die Holzanzeichnung im öffentlichen Wald richtet sich nach dem Wirtschaftsplan und den Marktverhältnissen. Das Holz ist unter Leitung und Aufsicht des Forstdienstes fachgerecht zu rüsten und zu messen.

⁴Der Holzverkauf ist Sache des Eigentümers. Beim Verkauf auf dem Stock bedarf der Vertrag der Genehmigung des Kreisförsters. Diese darf nur verweigert werden, wenn keine Gewähr für eine pflegliche Nutzung besteht.

⁵Die öffentlichen Waldeigentümer können in Zusammenarbeit mit dem Revierförster Bewilligungen zur Brennholznutzung für die Bedürfnisse des Geschwänders erteilen. Sie erleichtern das Sammeln von Abfall- und Dürholz.

Art. 28 Forstrechnung, Forstreserve, Statistik

¹Die öffentlichen Waldeigentümer haben eine Forstrechnung zu führen.

²Soweit der Zustand des Waldes es erfordert ist der Ertrag der öffentlichen Wälder in erster Linie für die Waldbewirtschaftung zu verwenden.

³Jeder öffentliche Waldeigentümer hat einen Forstreservefonds zu bilden in welchen mindestens 10% vom Reinertrag des Holzverkaufs einzuzahlen sind. Das Vollziehungsreglement regelt die Einlagen und die Verwendung des Fonds. Der Forstreservefonds ist von jeder Steuer befreit.

⁴Die Waldeigentümer haben dem Forstdienst die Angaben für die Forststatistik des Bundes und des Kantons zu liefern.

Art. 29 Niederwälder und Gebüschwälder

Die Umwandlung und Überführung von Niederwäldern und Gebüschwäldern in Hochwald ist auf Verlangen des Eigentümers zu fördern, soweit es die natürlichen Gegebenheiten zulassen.

Art. 30 Walderschliessung

¹Um die Bewirtschaftung zu erleichtern, sind die Wälder von ihren Eigentümern im Rahmen des Möglichen zu erschliessen.

²Beim Bau neuer Strassen ist die Verbindung zu den bestehenden Wegen wiederherzustellen.

³Jeder Waldeigentümer hat für die Bewirtschaftung seiner Wälder gegen einen angemessenen Beitrag an die Unterhaltskosten Anspruch auf Benutzung der vorhandenen Strassen und Wege. Soweit keine Zufahrt besteht, haben die

benachbarten Waldeigentümer den für die Bewirtschaftung nötigen Zugang über ihren Boden zu dulden. Allfällige Schäden sind zu entschädigen.

⁴Können sich die Beteiligten über die Anlage, den Unterhalt, den Zugang zu einer Waldstrasse und das Durchgangsrecht über andere Waldböden nicht einigen, so entscheidet das Departement.

5. Kapitel: Förderung der Forstwirtschaft

Art. 31 Berufsbildung, Fachorganisationen und Forschung

¹Der Kanton beteiligt sich an den Kosten der Aus- und Weiterbildung des Forstpersonals sowie an der Errichtung und dem Betrieb interkantonalen Förserschulen.

²Er unterstützt die forstliche Forschung und kann die forstlichen und holzwirtschaftlichen Fachorganisationen fördern.

³Die Verwendung des einheimischen Holzes ist von allen staatlichen Stellen im Rahmen ihrer Möglichkeit zu fördern.

Art. 32 Forstverbesserungen

¹Der Kanton unterstützt durch Beiträge von 10 bis 30% Walderschliessungen und Transporteinrichtungen; durch Beiträge von 10 bis 25%:

- a) Verbauungen, namentlich im Einzugsgebiet von Lawinen, Wildbächen und Rutschungen;
- b) Neuanlagen von Wald und Windschutzstreifen und damit verbundene bauliche Massnahmen;
- c) Zwangsnutzungen und Wiederherstellung von Wald und forstlichen Werken nach Zerstörung durch Naturelemente;
- d) Verhütung von Waldbränden und Bekämpfung von Krankheiten und Schädlingen.

²Der Kanton kann folgende Forstverbesserungen durch Beiträge von 10 bis 30% unterstützen:

- a) Wald-Weide-Ausscheidungen;
- b) Waldzusammenlegungen und forstliche Zusammenschlüsse;
- c) Erstellung von Wirtschaftsplänen;
- d) Umwandlung und Überprüfung von Niederwald in Hochwald;
- e) Weitere Forstverbesserungen für die auch der Bund Beiträge ausrichtet.

³In Härtefällen kann ein Zusatzbeitrag von 5 bis 20% gewährt werden.

⁴Die Kantonsbeiträge können von Beiträgen Dritter abhängig gemacht werden.

Art. 33 Beiträge für Schutzwälder

¹Sofern Produktion und Bewirtschaftung auf rationelle und wirtschaftliche Weise ausgeführt werden, unterstützen der Kanton und die Einwohnergemeinden die Erhaltung der Schutzwaldungen durch Beiträge:

- a) an Pflegemassnahmen,
- b) an defizitäre Sanierungsschläge.

²Der Beitrag des Kantons beträgt 20 bis 60% der kalkulierten Kosten nach Abzug der Einnahmen und der Bundessubventionen. Der Beitrag der Einwohnergemeinde, auf deren Territorium der Wald liegt, beträgt 20 bis 40 %.

³In Härtefällen übernimmt der Kanton den Beitrag finanzschwacher Gemeinden ganz oder teilweise.

Art. 34 Beiträge Dritter

¹Zur Beitragsleistung an die Kosten von Arbeiten gemäss den Artikeln 32 und 33 und deren Unterhalt können Grund- und Werkeigentümer herangezogen werden, die aus den entsprechenden Arbeiten Vorteile ziehen.

²Es gelten sinngemäss die Vorschriften über die Erhebung von Mehrwertbeiträgen.

Art. 35 Unterhalt subventionierter Werke

¹Die Bezüger von Beiträgen des Bundes oder des Kantons und ihre Rechtsnachfolger sind verpflichtet, die Werke ordnungsgemäss zu unterhalten und bestimmungsgemäss zu verwenden.

²Wird der Unterhalt eines subventionierten Werkes offensichtlich vernachlässigt, so kann das Departement die Instandstellung auf Kosten des Säumigen oder die Rückerstattung der ausgerichteten Beiträge verfügen.

³Bei Zweckentfremdung sind die Beiträge vom Eigentümer ganz oder teilweise zurückzuerstatten. Diese Pflicht erlischt dreissig Jahre nach Abnahme der Schlussabrechnung. Unterhalts- und Rückerstattungspflicht können im Grundbuch angemerkt werden.

Art. 36 Bauten in gefährdeten Gebieten

Der Kanton kann Beiträge für den Schutz von Bauten vor Elementarschäden verweigern, wenn bei der Bestimmung der Bodennutzung auf mögliche Gefahren zuwenig Rücksicht genommen wurde, wie Missachtung von Gefahrenkarten und amtliche Warnungen.

Art. 37 Massnahmen in Notlagen

Zur Behebung von Notlagen der Forstwirtschaft trifft der Staatsrat in Zusammenarbeit mit dem Bund die geeigneten Massnahmen.

Art. 38 Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Aufwendungen

¹Werden Wälder durch die Öffentlichkeit übermässig beansprucht und geschädigt, hat der Eigentümer Anrecht auf Beiträge der interessierten Einwohnergemeinden an die notwendigen Massnahmen. Vorbehalten bleibt der Rückgriff auf die Verursacher.

²Werden aufgrund der besonderen Funktionen der Wälder als Erholungsraum besondere Anlagen oder Massnahmen notwendig oder betriebliche Verbesserungen verunmöglicht, hat der Eigentümer Anspruch auf eine angemessene Abgeltung der betreffenden Kosten durch die interessierten Einwohnergemeinden.

³Wird die Bewirtschaftung von Wäldern durch den Bestand von Strassen, Eisenbahnen, elektrischen Leitungen oder anderen grösseren Werken verteuert, erschwert oder verunmöglicht, hat der Waldeigentümer Anspruch auf eine angemessene Abgeltung durch die Werkeigentümer.

6. Kapitel: Spezielle Aufgaben

Art. 39 Rodungs- und Aufforstungsplan

¹ Die Einwohnergemeinden und Regionen bestimmen im Rahmen der Orts- und Regionalplanung in Zusammenarbeit mit dem Forstdienst die längerfristig anzustrebenden Änderungen in der Verteilung von Wald und offenem Land.

² Der Staatsrat entscheidet über die Aufnahme dieser Pläne in die kantonale Richtplanung.

Art. 40 Schützenswerte Lebensräume

¹ Die für die Erhaltung und Förderung von schützenswerten Lebensräumen (Biotope) im Waldgebiet nötigen Anordnungen sollen vom Waldeigentümer in Zusammenarbeit mit dem Forst- und Jagddienst im Wirtschaftsplan getroffen werden.

² Der Kanton kann die Schutzmassnahmen unterstützen und seine Unterstützung von einer angemessenen Beteiligung der Einwohnergemeinden abhängig machen.

Art. 40bis¹ Vorbehalt des Subventionsgesetzes

Die Bestimmungen des Subventionsgesetzes vom 13. November 1995 sind auf alle in diesem Erlass vorgesehenen Subventionen unmittelbar und vollumfänglich anwendbar. Die Bestimmungen des vorliegenden Erlasses bleiben nur insoweit anwendbar, als sie den Bestimmungen des Subventionsgesetzes nicht entgegenstehen.

Art. 41 Lawinen und Steinschlagkataster

Die Einwohnergemeinden erstellen in Zusammenarbeit mit dem Forstdienst und den interessierten Organisationen einen Kataster, in welchem die bekannten Lawinniedergänge und Steinschlaggebiete aufgezeichnet und beschrieben werden.

Art. 42 Gefahrenkarte

¹ Die Gefahrenkarte bezeichnet, gestützt auf den Lawinen- und Steinschlagkataster, die gefährdeten Gebiete.

² Sie werden im Auftrag der Einwohnergemeinden unter der Aufsicht des Forstdienstes ausgearbeitet.

³ Die Gefahrenkarten sind von den Einwohnergemeinden und vom Kanton bei der Zonenplanung und Bewilligung von Bauten und Anlagen zu berücksichtigen.

Art. 43 Ufergehölze und Windschutzstreifen

¹ Die Eigentümer von Bächen und Flüssen sind gehalten, innert dem Rahmen ihrer Möglichkeiten an den Ufern, einen beholzten Rand oder eine Baumpflanzung zu erhalten.

² Der Staatsrat sorgt dafür, dass im Zusammenhang mit öffentlichen Projekten und Meliorationen entsprechende Massnahmen getroffen werden für die Erhaltung und Schaffung der Ufergehölze und Windschutzstreifen.

7. Kapitel: Verwaltungszwang und Rechtsschutz

Art. 44² Forstpolizei

¹Die Forstpolizei wird vom zuständigen Forstdienst ausgeübt. Die Angehörigen des Forstdienstes, sowie die Wildhüter, Fischereiaufseher und die Organe der Gemeindepolizei sind zur Anzeige von Widerhandlungen gegen dieses Gesetz verpflichtet.

²Der Forstdienst kann widerrechtlich gefälltes Holz beschlagnahmen.

³Der Forstdienst verfügt die Einstellung unbewilligter Holzschläge und anderer gegen dieses Gesetz verstossender Arbeiten. Das zuständige Amt kann die Unterlassung weiterer Eingriffe oder die Wiederherstellung des gesetzlichen Zustandes unter Androhung der in Artikel 292 des Schweizerischen Strafgesetzbuches vorgesehenen Strafen anordnen.

Art. 45 Strafbestimmungen

¹Wer gegen die Vorschriften dieses Gesetzes und das dazu erlassene Vollziehungsreglement verstösst, wird mit Busse bis Fr. 10 000.– bestraft. Das Vollziehungsreglement bestimmt den Strafrahmen für die wichtigsten Straftatbestände. In leichten Fällen kann eine Verwarnung ausgesprochen werden.

²In schweren Fällen sowie bei Rückfällen kann der Richter Bussen bis zu Fr. 100 000.– aussprechen. Das Departement und der Waldeigentümer sind berechtigt Strafklage einzureichen.

³Die Verpflichtung zum Schadenersatz und zur Wiederherstellung des gesetzlich vorgeschriebenen Zustandes bleiben vorbehalten.

⁴Ist die Widerhandlung im Geschäftsbetrieb einer juristischen Person begangen worden, haftet diese für Bussen, Gebühren und Kosten solidarisch.

Art. 46 Strafverfahren

¹Widerhandlungen gegen dieses Gesetz und der dazugehörigen Reglemente werden nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege und das Verwaltungsverfahren vom Departement geahndet.

²Der Vorsteher des Departementes kann diese Befugnis ganz oder teilweise an den Vorsteher des Kantonsforstamtes delegieren.

³Die Übertretung und die Strafe verjähren gemäss den Bestimmungen des Schweizerischen Strafgesetzbuches.

Art. 47 Rechtsmittel

¹Erstinstanzliche Entscheide aufgrund dieses Gesetzes können innert dreissig Tagen durch Beschwerde beim Staatsrat angefochten werden.

²Die Bestimmungen des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege und das Verwaltungsverfahren sind anwendbar.

Art. 48 Delegationskompetenzen

Die zuständigen kantonalen Behörden können die sich aus diesem Gesetz ergebenden Entscheidungskompetenzen generell oder fallweise an unterge-

ordnete Instanzen oder an die Gemeinden delegieren. Die Beschwerde an den Staatsrat bleibt vorbehalten.

8. Kapitel: Schlussbestimmungen

Art. 49 Übergangsbestimmungen

¹Die Bestimmungen dieses Gesetzes sind auf Verfahren, die bei dessen Inkrafttreten bereits hängig sind, anwendbar, soweit sie für den Betroffenen von Vorteil sind.

²Die Forstreviere gemäss Artikel 6 sollen innert zehn Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes gebildet werden. Nach Ablauf dieser Frist kann der Staatsrat die Revierbildung verfügen.

Art. 50 Vollzugsvorschriften

¹Der Staatsrat erlässt das zum Vollzug dieses Gesetzes erforderliche Ausführungsreglement, das dem Grossen Rat zur Genehmigung zu unterbreiten ist.

²Der Staatsrat, das Departement, das Kantonsforstamt und die Gemeinden können im Rahmen ihrer gesetzlichen Befugnisse mit den entsprechenden Instanzen der benachbarten ausserkantonalen Gebiete Vereinbarungen über die Lösung gemeinsamer Aufgaben treffen.

Art. 51 Aufhebung und Abänderung von Erlassen

¹Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes werden aufgehoben:

a) das Forstgesetz vom 11. Mai 1910;

b) gegenstandslos;

c) alle weiteren diesem Gesetz widersprechenden Bestimmungen.

²Die geltenden forstlichen Verordnungen, Reglemente und Vereinbarungen bleiben, soweit sie diesem Gesetz nicht widersprechen, bis zur formellen Aufhebung in Kraft.

³Der Artikel 177 des Einführungsgesetzes vom 15. Mai 1912 zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch wird mit folgendem Absatz ergänzt:
gegenstandslos.

Art. 52 Volksabstimmung und Inkrafttreten

¹Das vorliegende Gesetz wird der Volksabstimmung unterbreitet.

²Der Staatsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes nach dessen Genehmigung durch den Bundesrat.

So angenommen in zweiter Lesung, im Grossen Rat zu Sitten, den 1. Februar 1985.

Der Präsident des Grossen Rates: **R. Gertschen**
Die Schriftführer: **P. Amherd, A. Burrin**

Titel und Änderungen	Publikation	In Kraft
Forstgesetz vom 1. Februar 1985	GS/VS 1985, 33	1.5.1986
¹ Subventionsgesetz vom 13. November 1995: n.: Art. 40 <i>bis</i>	GS/VS 1985, 55	1.5.1996
² G zur Änderung des G über die Kantonspolizei vom 23. November 1995: n.W.: Art. 44 a.: aufgehoben; n.: neu; n.W.: neuer Wortlaut	GS/VS 1985, 76	1.5.1996

*Artikel 2, Absatz 1, ist nicht anwendbar, weil er gemäss Bundesratsentscheid vom 3. Februar 1986 bundesgesetzwidrig ist (s. Staatsratsbeschluss vom 30. April 1986, Abl Nr. 18 vom 2. Mai 1986, S. 561).

**Artikel 17, Absatz 1, ist nicht anwendbar, weil er gemäss Bundesratsentscheid vom 3. Februar 1986 bundesgesetzwidrig ist (s. Staatsratsbeschluss vom 30. April 1986, Abl Nr. 18 vom 2. Mai 1986, S. 561).